

Sturmgewehre für Polizisten: „Es geht um den Schutz der Bürger“

KIEL Die Küstenkoalition hat ihren Konflikt um eine bessere Bewaffnung der Landespolizei beigelegt. Noch in diesem Jahr soll mit der Beschaffung neuer Mitteldistanzwaffen vom Typ G36C begonnen werden. „Das G36 kommt“, sagte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) gestern in Kiel. Dies sei Konsens in Regierung und Koalition.

Der Grüne Innenpolitiker Burkhard Peters, dessen Fraktion sich anfangs skeptisch über entsprechende Pläne von Innenminister Stefan Studt (SPD) gezeigt hatte, bestätigte die Verständigung. Peters stellte nach einer Serie von Gesprächen mit Polizeiexperten zugleich klar, dass die neue Waffe in Zukunft lediglich auf rund 290 im Streifendienst eingesetzten Spezialfahrzeugen vorhanden sein werde. Alle Beamten würden zudem für

den Einsatz geschult. Auch sei sichergestellt, dass die neue Waffe nicht auf Dauerfeuer, sondern auf Einzelschüsse eingestellt werde.

„Dies alles klingt deutlich abgerüsteter“ als das, was von der Landesregierung zunächst in die Diskussion gebracht worden sei, sagte Peters. Studt hatte bei seinem Vorstoß vergangenen Herbst zunächst nicht klargestellt, dass es bei den Plänen um eine neue Bewaffnung nicht um die umstrittene Bundeswehr-Variante des Sturmgewehrs G36 ging, sondern um das deutlich kürzere G36C.

Die Polizei im Norden soll angesichts der terroristischen Bedrohung besser ausgerüstet werden. Bei der Bereitschaftspolizei ist man über die Ankündigung von Albig erfreut: „Ich wünsche mir für meine Kollegen, dass sie die Ausrüstung

und Waffen haben, um auch in Extremfällen einsatzbereit zu sein“, sagte Michael Wilksen, Leiter der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PDAPB), auf Nachfrage. Aus seiner Sicht sei das G36C dafür eine brauchbare Waffe, aber mitnichten als Alltagsmittel. Das Bild eines schießwütigen Polizisten dürfe in der Öffentlichkeit nicht entstehen. Denn beim G36C gehe es in erster Linie um Distanzüberbrückung, nicht um schnelle Feuern, das sei auch mit anderen Gewehren schon möglich. Wilksen betont: „Es geht nicht um den Schutz der Polizeibeamten, sondern um den Bürgerschutz.“ Nach der politischen Entscheidung arbeite die PDAPB derzeit an der Konzeptionierung verschiedener Trainings- und Ausbildungseinheiten. *höv/emd*